

BERICHTE AUS DEM AUSLAND

POLITISCHER BERICHT AUS DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Dr. Markus Ehm
Leiter der Verbindungsstelle Moskau

Nr. 18/2015 – 28. August 2015



IMPRESSUM

Herausgeber	Copyright 2015, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel.: +49 (0)89 1258-0, E-Mail: info@hss.de, Online: www.hss.de
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle Staatsministerin a.D.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Verantwortlich	Ludwig Mailinger Leiter des Büros für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau, Athen / Internationale Konferenzen Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Tel.: +49 (0)89 1258-202 oder -204 Fax: +49 (0)89 1258-368 E-Mail: mailing@hss.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Berichtes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Punktuelle Konkurrenz bei den anstehenden Regionalwahlen

Gouverneurs- und Regionalparlamentswahlen¹ finden in der Russischen Föderation jährlich an einem einheitlichen Termin statt. Dieser fällt 2015 auf den 13. September. Die politische Stimmung ist für die Regierungspartei "Einiges Russland" trotz einer leichten Eintrübung nach wie vor günstig (1). Ein kremlnahes Institut charakterisiert die Gouverneurswahlen überwiegend als "Referenden" zugunsten der Amtsinhaber ohne echte Alternativen (2). Für Diskussionen sorgten bisher mehr administrative Fragen als inhaltliche Debatten: Regionale Wahlkommissionen verweigerten kleinen Parteien die Zulassung (3). Diese erheben ihrerseits lautstark den Vorwurf der Illegitimität. Vertreter der regionalen Politikelite behaupten, die Opposition provoziere solche Auseinandersetzungen bewusst (4).

1. Positive Stimmung für die Regierung

Trotz leichter Einbußen erfreuen sich Staatspräsident Wladimir Putin und die Regierung der Russischen Föderation einer überdurchschnittlich hohen Zustimmung. Dies hat eine aktuelle Studie des kremlkritischen soziologischen Instituts "Levada-Zentrum" ergeben.² 55% der Befragten meinen, dass sich das Land insgesamt auf dem richtigen Weg befinde. Der Spitzenwert von 64% wurde im Juni 2015 gemessen. Zum Vergleich: 55% entspricht dem Wert vom August 2008 zu Zeiten des Krieges zwischen Georgien und Russland; das war damals ein ausgesprochen hoher Zuspruch. Auch Wladimir Putin, die Regierung und die Gouverneure büßten leicht an Popularität ein. Gleichwohl verharren die Werte auf einem deutlich überdurchschnittlichen Niveau im Vergleich zu den Jahren 2010 bis 2013. Die Amtsführung Putins bewerten heute 83% positiv (Juni 2015: 89%; August 2014: 84%; August 2012 und 2013: je 63%).

2. Gouverneurswahlen: Referenden über die Zustimmung zum Amtsinhaber anstatt echter Auswahlmöglichkeiten

Das kremlnahe Institut "Stiftung für die Entwicklung der Zivilgesellschaft" bezeichnet die 21 Gouverneurswahlen in diesem Jahr bis auf eine Ausnahme als "Referenden".³ Ein Referendum liege vor, wenn ein Kandidat die anderen überrage. "Unter den Gegebenheiten in der Russischen Föderation hat ein Amtsinhaber einen deutlichen Bonus.", so die Experten der Organisation. Und weiter: "Ernennt der Staatspräsident einen Gouverneur bis zur Wahl kommissarisch, so unterstreiche dies eine grundlegende Unterstützung." Echte Konkurrenz gebe es 2015 bei einer einzigen der 21 Abstimmungen: Im Gebiet Omsk fordere ein Oberst der Elite-Antiterrorereinheit "Alfa" des Inlandsgeheimdienstes den Amtsinhaber heraus. Allerdings habe die Wahlkommission die Registrierung des Offiziers abgelehnt. Nun sei die Beschwerde beim Obersten Gerichtshof der Russischen Föderation anhängig.

3. Regionalparlamentswahlen

Föderale Printmedien schildern Probleme der Oppositionsparteien bei der Registrierung. Denn die Zulassung zur Wahl setzt die Sammlung von Unterschriften voraus. Die kremlkritische Wirtschaftszeitung "Wedomosti" schreibt insbesondere über die Bemühungen der Partei "Parnas/Volksfreiheit", deren Co-Vorsitzender Boris Nemzow bis zu seiner Ermordung gewesen ist. Im Fokus der Berichterstattung stand die Regionalwahl in Nowosibirsk. Die Wahlkommission lehnte die Registrierung der Parnas-Liste wegen

¹ Die Wähler entscheiden ganz oder teilweise über die Zusammensetzung von 26 Regionalparlamenten und dem Legislativorgan des von der Ukraine annektierten föderalen Subjektes "Krim". Die Gouverneure werden in 21 föderalen Subjekten gewählt.

² Veröffentlicht am 26.08.2015, <http://www.levada.ru/print/26-08-2015/avgustovskie-reitingi-odobreniya-i-doveriya>.

³ Wedomosti vom 24.08.2015, S. 2.

angeblich fehlerhafter Unterschriften ab. Mitglieder des Wahlstabes sehen sich mit dem Vorwurf von Seiten der Strafverfolgungsbehörden konfrontiert, selbst Unterschriften gefälscht zu haben. Außerdem traten Parteiaktivisten vorübergehend in den Hungerstreik.⁴ Zwischenzeitlich hat die Zentrale Wahlkommission einer Beschwerde der Partei "Parnas" stattgegeben: Im Gebiet Kostroma wurde sie zu den Parlamentswahlen zugelassen.⁵ Dort könnte der Wahlkampf an Spannung gewinnen. "Parnas" bringt Themen wie Korruption und die Überprüfung der kommunalen Wasser- und Wärmeversorger auf die Tagesordnung.⁶ Gegenwärtig droht dem Parnas-Spitzenkandidaten in Kostroma ein zweiwöchiger Gefängnisarrest. Ihm wird vorgeworfen, bei einer Wahlkampfveranstaltung unerlaubterweise ein Megaphon verwendet (Ruhestörung) und gegen die Festnahme durch die Polizei Widerstand geleistet zu haben.⁷ In Kaluga zog "Parnas" ihre Liste zurück, weil sie unter insgesamt 6.300 Unterschriften 2.500 "zweifelhafte" erkannt haben will.⁸ Ebendort verweigerte die Wahlkommission der Partei "Bürgerinitiative" des ehemaligen Wirtschaftsministers Andrej Netschaew die Zulassung. Der Wahlkampfleiter der Partei sagte, die Behörden begründeten ihre Entscheidung mit einer simplen Formalität: Auf den Unterschriftenlisten fehlten bei den Adressangaben zahlreicher Unterzeichnender angeblich die Anführung des Landkreises, dessen Bezeichnung aber grundsätzlich, so der Wahlkampfleiter, dem Namen seines Hauptortes entspreche, weshalb die betreffenden Personen eindeutig identifizierbar seien.⁹

4. Bewertung

Das politische Umfeld verleiht der Kremlpartei "Einiges Russland" für die anstehenden Wahlen Rückenwind. Den Rückgang der Zustimmungswerte von Wladimir Putin bezeichnet der Stv. Direktor des Levada-Instituts Alexej Graschdankin als unbedeutend.¹⁰ Diese leichte Stimmungsänderung könne bei den anstehenden Urnengängen zu einer niedrigen Wahlbeteiligung führen, jedoch nicht zu einer Neuverteilung der politischen Macht. Nach dieser Einschätzung lassen strittige Themen die Menschen derzeit nicht aufbegehren. Politologen und Oppositionspolitiker verweisen insbesondere auf folgende Ereignisse der jüngsten Vergangenheit, welche die Bevölkerung nach ihrer Einschätzung kritisch bewertet: die öffentlichkeitswirksam durchgeführte Vernichtung illegal importierter Lebensmittel und Preissteigerungen, besonders bei den Wohnungsnebenkosten. Die Oppositionspartei "Parnas" würde solche Themen ansprechen. Jedoch erhielt sie lediglich in Kostroma die Zulassung zur Wahl.

Unklar bleibt, ob der Kreml über jeden Zulassungsantrag selbst entscheidet. Ein Kommentator in der Tageszeitung "Wedomosti" vertritt die Meinung, dass sich die Staatsmacht um die Kontrolle gesellschaftlicher Entwicklungen Sorge.¹¹ Dies gelte gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise. In zwei Jahren werde es noch mehr kritische Themen geben, und daher sei bereits eine "gelenkte" Demokratie zu riskant. Vorstellbar sei ferner eine Abmachung zwischen dem Kreml und der regionalen Politik, die Geld aus dem Staatshaushalt für die Erfüllung der Wahlversprechen von Wladimir Putin aus dem Jahr 2012 benötige. Die Politologin Jekaterina Schulman meint, das System arbeite selbständig in Richtung Risikominimierung, weshalb für Anordnungen der Nichtzulassung keine Notwendigkeit bestehe. Ein anderer Experte will einen Richtungsstreit im Kreml selbst über den Umgang mit der Opposition erkannt haben. Der für das politische System zuständige Spitzenfunktionär Wjatscheslaw Wolodin wolle Legitimität,

⁴ Wedomosti vom 27.07.2015, S. 2; vom 28.07.2015, S. 2; vom 29.07.2015, S. 7; vom 30.07.2015, S. 2; vom 31.07.2015, S. 3; 07.08.2015, S. 3

⁵ Wedomosti vom 14.08.2015, S. 2.

⁶ Wedomosti vom 18.08.2015, S. 3.

⁷ Nesawisimaja Gaseta vom 27.08.2015, http://www.ng.ru/politics/2015-08-27/3_yashin.html.

⁸ Wedomosti vom 03.08.2015, S. 2.

⁹ Wedomosti vom 13.08.2015, S. 2.

¹⁰ Das Folgende nach: Wedomosti vom 28.08.2015, S. 2.

¹¹ Das Folgende nach: Wedomosti vom 10.08.2015, S. 1f.

aber die Sicherheitsorgane sähen in "Parnas" eine große Bedrohung. Sofern es keine Anweisung aus Moskau gebe, wollten die Regionen nicht die Verantwortung für die Registrierung von "Parnas" übernehmen.¹² Wolodin hatte zuletzt im Juli gesagt, das Hauptmerkmal der Wahlen müsse die Unvorhersehbarkeit der Ergebnisse sein.¹³ Der kremlkritische Experte Dmitrij Oreschkin kommentierte dies mit den Worten, dass, sobald dies als möglich erscheine, der "Instinkt der Nomenklatura einsetzt". Alexej Nawalnij (er unterstützt diesmal "Parnas") und seine Anhänger dürfe man nicht zulassen, weil sie die Kontrolle über die Wahlen erlangen könnten, wie bei der OB-Wahl in Moskau 2013. Aber solche Experimente könne sich die Staatsmacht in Nowosibirsk nicht erlauben. Klar formuliert es der Politologe Alexander Kijnew: "Die einen registriert man und schafft den Anschein der Legitimität, und bei anderen drückt man alle Augen zu."

Eine ganz andere Sichtweise artikuliert der Experte Jewgenij Mintschenko. Er habe mit Spitzenvertretern der Nowosibirsker Politik gesprochen die den Eindruck gewonnen hätten, "Parnas" wolle gar nicht registriert werden, sondern einen Skandal bewusst herbeiführen.¹⁴ Unabhängig davon, ob dies zutrifft oder nicht, kann sich "Parnas" mit Blick auf die Staatsdumawahl 2016 beruhigt zurücklehnen. Sie verfügt bereits über ein Mandat im Regionalparlament von Jaroslawl, was zur Folge hat, dass sie an der Staatsdumawahl teilnehmen darf, ohne Unterschriften sammeln zu müssen. Andere politische Kräfte haben diese Privilegierung mit ihrer Nichtregistrierung für den 13. September 2014 verpasst, so zum Beispiel die Partei "Bürgerinitiative" des ehemaligen Wirtschaftsministers Andrej Netschaew. Ihn wird es nicht positiv beeindrucken, dass die Föderale Wahlkommission von einer Zulassung von 93% der Kandidaten spricht.¹⁵ Obwohl es Dutzende Parteien in der Russischen Föderation gebe, vermindere sich der Wettbewerb, so eine Studie des Komitees der Bürgerinitiativen des ehemaligen Finanzministers Alexej Kudrin.¹⁶ Interessant ist das Beispiel Omsk. Hier zeigt sich, dass selbst für einen Geheimdienstoffizier als Herausforderer die Registrierung keinen Automatismus darstellt. Möglicherweise befürchtet man, er könne ebenso wie Oppositionelle die in der Region etablierte Machtverteilung verändern.

Moskau, 28. August 2015

Dr. Markus Ehm
Leiter der Verbindungsstelle Moskau der Hanns-Seidel-Stiftung

¹² Wedomosti vom 30.07.2015, S. 2.

¹³ Das Folgende nach: Wedomosti vom 27.07.2015, S. 2.

¹⁴ Wedomosti vom 27.07.2015, S. 2.

¹⁵ Siehe dazu Wedomosti vom 13.08.2015, S. 2.

¹⁶ Wedomosti vom 10.08.2014, S. 2.